

Amtsblatt

für die Gemeinde KOLKWITZ

mit den Ortsteilen Babow, Brodtkowitz, Dahlitz, Eichow, Glinzig, Gulben, Hänchen, Kackrow, Klein Gaglow, Kolkwitz, Krieschow, Kunersdorf, Limberg, Milkersdorf, Papitz, Wiesendorf, Zahsow

16. JAHRGANG • AUSGABE: 07/09

KOLKWITZ, 25. JULI 2009

Impressum: Amtsblatt für die Gemeinde Kolkwitz, Herausgeber: Gemeinde Kolkwitz, Tel. (0355) 29 30 00, verantwortlich für den amtlichen und nicht amtlichen Teil: Herr Fritz Handrow, Bürgermeister der Gemeinde Kolkwitz, Berliner Str. 19, 03099 Kolkwitz, verantwortlich für den Anzeigenteil: CGA-Verlag GmbH, Gestaltung und Vertrieb: CGA-Verlag GmbH, Druck: Der Ossi-Druck GmbH & Co. KG, Brandenburg/Havel, Auflagenhöhe: 3.950. Der Vertrieb erfolgt mit der Zustellung des Märkischen Boten kostenfrei an alle Haushalte der Gemeinde Kolkwitz. Für Personen, die das Amtsblatt nicht erreicht, liegt das Amtsblatt kostenfrei zur Abholung in der Gemeindeverwaltung, Berliner Str. 19, 03099 Kolkwitz, aus. Einzelexemplare außerhalb des Verbreitungsgebietes sind gegen Kostenerstattung bei der Gemeindeverwaltung Kolkwitz, Berliner Str. 19, 03099 Kolkwitz zu beziehen. Für Anzeigenveröffentlichungen und Fremdbeilagen gelten die Geschäftsbedingungen des Verlages. Ansprüche, insbesondere auf Schadensersatz, sind ausdrücklich ausgeschlossen. Für bei der Gemeindeverwaltung Kolkwitz eingesandte oder abgegebene Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung und auf Vergütung für Veröffentlichungen.

Inhalt dieser Ausgabe

Amtlicher Teil

Seite 1 - 3

- Bekanntmachung über das Recht zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Landtag Brandenburg sowie für die Bürgermeisterwahl am 27.09.2009

Seite 4 - 10

- Wahlbekanntmachung für die Kommunalwahlen am 27.09.2009 zur Wahl des Bürgermeisters

Seite 10

- Beschlüsse der Gemeindevertretung Gemeinde Kolkwitz Sitzung 06 / 09 am 16.06.2009

Seite 10 - 11

- Beschluss Nr. 38; 39; 40 und 41 der Gemeindevertretung der Gemeinde Kolkwitz am 14.07.2009 - Straßeneinstufungen

Seite 11

- Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung des Antrages der LWG

Nichtamtlicher Teil

Seite 12, 14 - 19

- Informationen, Termine, Veranstaltungen

Seite 19 - 27

- Rückblicke

Seite 28

- Grußwort des Bürgermeisters

AMTLICHER TEIL

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung über das Recht zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Landtag Brandenburg sowie für die Bürgermeisterwahl am 27. September 2009

1.

Das Wählerverzeichnis wird in der Zeit vom **07. September 2009 bis 11. September 2009** (20. bis 16. Tag vor der Wahl) bei der **Gemeinde Kolkwitz, Berliner Straße 19 in 03099 Kolkwitz** zur Einsichtnahme bereitgehalten.

Die Einsichtnahme ist zu den allgemeinen Dienststunden wie folgt möglich:

Montag in der Zeit von	08:30 Uhr bis 13:30 Uhr
Dienstag in der Zeit von	08:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch in der Zeit von	08:30 Uhr bis 13:30 Uhr
Donnerstag in der Zeit von	08:30 Uhr bis 17:00 Uhr
Freitag in der Zeit von	08:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Das Wählerverzeichnis wird als Liste bereitgehalten.

Jeder Bürger hat das Recht, die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen.

Sofern ein Wahlberechtigter die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen überprüfen will, hat er Tatsachen glaubhaft zu machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann.

Das Recht zur Einsichtnahme und Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von wahlberechtigten Personen, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß § 32b Abs. 1 des Brandenburgischen Meldegesetzes (§ 21 Abs. 5 des Melderechtsrahmengesetzes) eingetragen ist.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein besitzt.

2.

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann während der oben genannten Einsichtsfristen, spätestens bis zum 11. September 2009 (16. Tag vor der Wahl), bei der zuständigen Wahlbehörde Einspruch einlegen. Der Einspruch kann schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eingelegt werden. Hiervon abweichend sind Einsprüche, die die Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit der

Eintragungen für die **Landtagswahl** bemängeln, bis zum 12. September 2009 möglich. Gleiches gilt für die **Bürgermeisterwahl**.

3.

Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis zum 30. August 2009 (28. Tag vor der Wahl) eine Wahlbenachrichtigung. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung befindet sich ein Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines.

Wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist und keinen Wahlschein besitzt, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird.

Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, wahlberechtigt zu sein, muss Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen, wenn er nicht Gefahr laufen will, dass er sein Wahlrecht nicht ausüben kann.

Wahlberechtigte, die nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen werden und die bereits je einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragt haben, erhalten keine Wahlbenachrichtigung.

4.

Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis:

Für die Landtagswahl:

Wahlberechtigte Personen, deren Hauptwohnung außerhalb des Landes liegt, werden am Ort der Nebenwohnung in das Wählerverzeichnis eingetragen, wenn sie am Ort der Nebenwohnung einen ständigen Wohnsitz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches haben. Hierzu ist der erforderliche Antrag von der Wahlbehörde abzuverlangen.

Für die Bürgermeisterwahl:

Wahlberechtigte Unionsbürger, die nicht der Meldepflicht unterliegen.

Der Antrag ist schriftlich oder als Erklärung zur Niederschrift bis spätestens zum 11. September 2009 (16. Tag vor der Wahl) zu stellen. Er muss enthalten: Fa-

Fortsetzung auf Seite 2

AMTLICHER TEIL

Fortsetzung von Seite 1

miliennamen, Vornamen, Tag der Geburt und die genaue Anschrift der wahlberechtigten Person.

Die antragstellende Person hat der Wahlbehörde gegenüber zu versichern, dass sie bei keiner anderen Wahlbehörde die Eintragung in das Wählerverzeichnis beantragt hat.

Eine behinderte wahlberechtigte Person kann sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen.

Eine wahlberechtigte Person, die am Ort der Nebenwohnung ihren ständigen Wohnsitz hat und deren Hauptwohnung außerhalb des Landes liegt und sich um einen Sitz im Landtag bewirbt, ist verpflichtet, den Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis bereits vor Ablauf der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge zu stellen.

5.

Einen Wahlschein erhält auf Antrag:

- eine wahlberechtigte Person, die in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- eine wahlberechtigte Person, die nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, wenn sie nachweist, dass sie ohne Verschulden die Antragsfrist für die Eintragung in das Wählerverzeichnis oder die Einspruchsfrist für die Berichtigung des Wählerverzeichnisses versäumt hat oder ihr Recht auf die Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Antragsfrist für die Eintragung in das Wählerverzeichnis oder die Einspruchsfrist für die Berichtigung des Wählerverzeichnisses entstanden ist oder ihr Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden ist und die Wahlbehörde von der Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses erfahren hat.

Wahlscheine können von in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten zu den unter Pkt. 1 genannten Dienststunden beantragt werden; die antragstellende Person muss Vor- und Familiennamen, Geburtsdatum und ihre Wohnanschrift angeben. Wahlscheine können bis zum 2. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr bei der zuständigen Wahlbehörde mündlich oder schriftlich beantragt werden.

Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass ihm der beantragte Wahlschein für die Bundestagswahl nicht zugegangen ist, kann ihm bis zum Tage vor der Wahl, 12.00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden.

Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass ihm der beantragte Wahlschein für die Landtagswahl nicht zugegangen ist, kann ihm bis zum Tage vor der Wahl, 12.00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden. Gleiches gilt für die Bürgermeisterwahl.

In den Fällen nach Pkt. 5b) können Wahlscheine noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr beantragt werden. Gleiches gilt, wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung das Wahllokal nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann.

Wer den Antrag für eine andere Person stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist.

6.

Wer je einen Wahlschein hat, kann an den oben genannten Wahlen durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlkreises, für den der Wahlschein ausgestellt ist, oder durch Briefwahl wählen.

7.

Ergibt sich aus dem Wahlscheinantrag nicht, dass der Wahlberechtigte vor einem Wahlvorstand wählen will, so erhält er für die oben genannten Wahlen mit dem jeweiligen Wahlschein zugleich:

- je einen amtlichen Stimmzettel des Wahlkreises (Bundestagswahl: weiß; Landtagswahl: hellgrün; Bürgermeisterwahl: orange),
- je einen amtlichen Stimmzettelumschlag/Wahlumschlag (Bundestagswahl: blau; Landtagswahl: hellgrün; Bürgermeisterwahl: orange),
- je einen Wahlbriefumschlag mit der Angabe der vollständigen Anschrift, an die der Wahlbrief zurückzusenden ist (Bundestagswahl: rot; Landtagswahl: gelb; Bürgermeisterwahl: grau) und
- je ein Merkblatt zur Briefwahl

8.

Die Abholung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen für einen anderen ist nur möglich, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme der Unterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt; dies hat sie der Gemeindebehörde vor Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen.

Bei der Briefwahl hat der Wähler den Wahlbrief so rechtzeitig zu übersenden, dass dieser spätestens am Wahltag bis 18.00 Uhr bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle eingeht. Er kann dort auch abgegeben werden. Der Wahlbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland unentgeltlich befördert.

Die Wahlbriefe müssen in je einem verschlossenen Wahlbriefumschlag enthalten:

- den Wahlschein
- in einem verschlossenen Wahlumschlag den Stimmzettel.

Wer nicht lesen kann oder wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die Briefwahl persönlich zu vollziehen, kann sich der Hilfe einer Person seines Vertrauens (Hilfsperson) bedienen.

Auf dem Wahlschein haben der Wähler oder die Hilfsperson gegenüber der Wahlbehörde an Eides statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich gekennzeichnet worden ist.

Kolkwitz, den 25. Juli 2009

Die Wahlbehörde

gez. Handrow
Bürgermeister der Gemeinde Kolkwitz

Wózjawjenje

wó pšawje na póglědnjenje do zapisa wuzwólówarjow a wužělenja wuzwólówarjskich łopjenow za wólby do Nimskego zwězkowego sejma, do krajnego sejma Bramborska ako teke za wólby šółtow dnja 27. septembra 2009

1.

Do zapisa wuzwólówarjow móžo w casu wót 07. septembra 2009 až do 11. septembra 2009 (20. do 16. žeń do wólbow) w gmejnje Gołkojce, Barlinska droga 19 w 03099 Gołkojce kuždy póglědnuš.

Póglědnjenje jo móžne w powšykných słužbných góžinach ako slěduju:

pónježele w casu	wót zeger	8.30	až do 13.30 góžin
wałtoru w casu	wót zeger	8.30	až do 18.00 góžin
srjodu w casu	wót zeger	8.30	až do 13.30 góžin
stwórtek w casu	wót zeger	8.30	až do 17.00 góžin
pětk w casu	wót zeger	8.30	až do 12.00 góžin

Zapis wuzwólówarjow ma formu lisčiny.

Kuždy bergar ma pšawo pšawosć abo dopołnosć k swójej wósbobje zapisane daty w zapisu wuzwólówarjow pšekontrolěrowaš.

Gaž co k wuzwólówanju wopšawnjony pšawosć abo dopołnosć datow drugih w zapisu wuzwólówarjow zapisanych wósbobjow pšekontrolěrowaš, musy wěrnosćiwje fakty wobwěsć, z kótarychž njepšawosć abo njedopołnosć zapisa wuzwólówarjow wujš mógu.

Pšawo na póglědnjenje a pšekontrolěrowanje njewobstoj za daty k wuzwólówanju wopšawnjonych wósbobjow, za kótarež jo w pšizjawjeńskem registrje zapisany zastajeński zapisk pó § 32b wótstawk 1 Bramborskeje pšizjawjeńskeje kazni (§ 21 wótstawk 5 ramikoweje kazni pšizjawjeńskego pšawa).

Wuzwólówaš móžo jano, chtož jo zapisany do wuzwólówarjskego zapisa abo chtož ma wuzwólówarjske łopjeno.

2.

Chtož ma wuzwólówarjski zapis za njepšawy abo njedopołny, móžo w górzejce pódanych casach póglědnjenja nanejpozdzej pak až do 11. septembra 2009 (16. žeń do wólbow), pla písłušnego wólbneho zastojnstwa spšešiwjenje zapódaš. Spšešiwjenje móžo se pisnje abo wustnje ako wuzjawjenje k zapisanju zapódaš. Wót togo se wóthylecy su spšešiwjenja, kenž njedopołnosć abo njepšawosć zapisow za wólby krajnego sejma moněruju až do 12. septembra 2009 móžne. To samske plaši za wólby šółtow.

3.

K wuzwólówanju wopšawnjone, kenž su do zapisa wuzwólówarjow zapisane, dostanu až do 30. awgusta 2009 (28. žeń do wólbow) wuzwólówarjsku powěženku. Na slěznem boce wuzwóló-

Wahlbekanntmachung für die Kommunalwahlen am

Datum
27. September 2009

zur Wahl der Bürgermeister

Gemäß § 64 Abs. 3 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz (BbgKWahlG), in Verbindung mit § 31 Abs. 2 und 3 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung (BbgKWahlV), ergeht folgende Bekanntmachung:

I. Die Wahlen finden am Datum 27. September 2009 statt. Eine etwaige Stichwahl findet am Datum 11. Oktober 2009 statt.

Die Hauptwahl und die etwaige Stichwahl finden in der Zeit von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr statt.

II. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen

Mit der Festsetzung der oben genannten Wahltermine werden die Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerber aufgefordert, rechtzeitig ihre Wahlvorschläge einzureichen.

Ergänzend wird hierzu auf Folgendes verwiesen:

A. Wahlvorschlagsrecht und Einreichungsfrist

- Die Wahlvorschläge können von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerbern eingereicht werden (§ 69 Abs. 1 und 82a Abs. 2 BbgKWahlG). Daneben können Parteien, politische Vereinigungen und Wählergruppen auch gemeinsam einen Wahlvorschlag als Listenvereinigung einreichen (§ 63 Abs. 1 i.V.m. § 32 Abs. 1 Satz 1 und 82a Abs. 2 BbgKWahlG). Sie dürfen sich nur an einer Listenvereinigung beteiligen; die Beteiligung an einer Listenvereinigung schließt einen eigenständigen Wahlvorschlag aus (§ 32 Abs. 1 Satz 2 und 3 BbgKWahlG).
- Die Wahlvorschläge sollten möglichst frühzeitig eingereicht werden. Sie müssen, gemäß § 69 Abs. 2 BbgKWahlG, spätestens 38. Tag vor der Wahl bis zum 20. August 2009, 12.00 Uhr, beim zuständigen Wahlleiter

Anschrift des zuständigen Wahlleiters

Gemeindeverwaltung Kolkwitz, Wahlleiterin, Berliner Straße 19, 03099 Kolkwitz

schriftlich eingereicht werden.

B. Inhalt der Wahlvorschläge

- Die Wahlvorschläge müssen enthalten:
 - den Familiennamen, die Vornamen, den Beruf oder die Tätigkeit, den Tag der Geburt, den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift der Bewerberin oder des Bewerbers,
 - als **Wahlvorschlag einer Partei oder politischen Vereinigung** den vollständigen Namen der einreichenden Partei oder politischen Vereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese. Der im Wahlvorschlag angegebene Name der Partei oder politischen Vereinigung muss mit dem Namen übereinstimmen, den diese im Lande führt,
 - als **Wahlvorschlag einer Wählergruppe** den Namen der einreichenden Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese. Aus dem Namen muss hervorgehen, dass es sich um eine Wählergruppe handelt. Der Name und die etwaige Kurzbezeichnung dürfen nicht den Namen von Parteien oder politischen Vereinigungen oder deren Kurzbezeichnung enthalten,
 - als **Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** den Namen der Listenvereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese. Daneben sind die Namen und, sofern vorhanden, auch die Kurzbezeichnungen der an ihr beteiligten Parteien, politischen Vereinigungen und Wählergruppen anzugeben.

Der **Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin / eines Einzelbewerbers** (Einzelwahlvorschlag) darf nur die unter Buchstabe a) bezeichneten Angaben enthalten.

- Daneben soll der Wahlvorschlag Namen und Anschrift der **Vertrauensperson** und der **stellvertretenden Vertrauensperson** enthalten. Als Vertrauensperson kann auch die/der Bewerber/in benannt werden. Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind nur die Vertrauensperson und stellvertretende Vertrauensperson, jede für sich berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen.
- Der **Wahlvorschlag einer Partei oder politischen Vereinigung** muss in jedem Fall von mindestens zwei Mitgliedern des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstandes, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, unterzeichnet sein. Der **Wahlvorschlag einer Wählergruppe** muss in jedem Fall vom Vertretungsberechtigten unterzeichnet sein. Die Vertretungsberechtigung ist auf Verlangen nachzuweisen. Der **Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** muss in jedem Fall von jeweils mindestens zwei Mitgliedern des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstandes, der an ihr beteiligten Parteien und politischen Vereinigungen, darunter jeweils dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, sowie den Vertretungsberechtigten der an ihr beteiligten Wählergruppen, unterzeichnet sein.

Der **Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin / eines Einzelbewerbers** muss von dieser/diesem persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.

4. Wichtige Beschränkungen

- 4.1 Jeder Wahlvorschlag darf nur eine/n Bewerber/in enthalten (§ 70 Abs. 1 BbgKWahlG).
- 4.2 Jede/r Bewerber/in darf nur auf einem Wahlvorschlag benannt sein (§ 70 Abs. 7 BbgKWahlG).
- 4.3 Die/der Bewerber/in auf dem Wahlvorschlag einer Partei darf nicht Mitglied einer anderen Partei sein, die mit einem eigenen Wahlvorschlag zur Wahl antritt (§ 63 Abs.1 i.V.m. § 28 Abs. 4 BbgKWahlG).

C. Voraussetzungen für die Benennung als Bewerber/in

1. Die Benennung als Bewerber/in auf einem Wahlvorschlag einer **Partei, politischen Vereinigung, Wählergruppe oder Listenvereinigung** ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:

- a) Die/Der **Bewerber/in muss**, gemäß § 65 Abs. 2 bis 5 BbgKWahlG, **wählbar sein**.
- b) Die/Der **Bewerberin muss durch eine Nominationsversammlung**, gemäß § 33 BbgKWahlG, **bestimmt worden sein**.
- c) Die/Der **Bewerber/in muss** ihrer/seiner Benennung auf dem Wahlvorschlag **schriftlich zustimmen**.

Die in Buchstaben a) und c) genannten Voraussetzungen gelten ferner für die Einzelbewerber.

2. Zur Wählbarkeit

2.1 Wählbarkeit von Deutschen

- 2.1.1 Gemäß § 65 Abs. 2 BbgKWahlG sind wählbar alle Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die

- a) am Tage der Hauptwahl, also dem ^{Datum} 27. September 2009, das 25. Lebensjahr, aber noch nicht das 62. Lebensjahr vollendet und
- b) in der Bundesrepublik Deutschland ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

- 2.1.2 Ein/e Deutsche/r ist nach § 65 Abs. 4 BbgKWahlG nicht wählbar, wenn sie/er

- a) gemäß § 9 BbgKWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
- b) infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
- c) von einem Gericht im Disziplinarverfahren zur Entfernung aus dem Dienst oder zur Aberkennung des Ruhegehaltes rechtskräftig verurteilt worden ist.

2.2 Wählbarkeit von Unionsbürgern

- 2.2.1 Gemäß § 65 Abs. 2 BbgKWahlG sind wählbar auch alle Staatsangehörigen anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die

- a) am Tage der Hauptwahl, also dem ^{Datum} 27. September 2009, das 25. Lebensjahr, aber noch nicht das 62. Lebensjahr vollendet und
- b) in der Bundesrepublik Deutschland ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Die in Nummer 2.1.1 Satz 2 genannten Sonderregelungen gelten entsprechend.

- 2.2.2 Ein/e Unionsbürger/in ist nach § 65 Abs. 5 BbgKWahlG nicht wählbar, wenn sie/er

- a) gemäß § 9 BbgKWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
- b) infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt,
- c) von einem Gericht in der Bundesrepublik Deutschland im Disziplinarverfahren zur Entfernung aus dem Dienst oder zur Aberkennung des Ruhegehaltes rechtskräftig verurteilt worden ist, oder
- d) infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung im **Herkunftsmitgliedstaat** die Wählbarkeit nicht besitzt.

- 2.3 Mit dem Wahlvorschlag ist dem Wahlleiter eine Bescheinigung der Wahlbehörde einzureichen, dass die /der vorgeschlagene Bewerber/in wählbar ist. **Unionsbürger**, die schriftlich ihre Zustimmung zur Kandidatur erklärt haben, müssen mit der Wählbarkeitsbescheinigung **zusätzlich eine Versicherung an Eides statt** über ihre **Staatsangehörigkeit** und darüber vorlegen, dass sie in ihrem **Herkunftsmitgliedstaat** nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

3. Zur Nomination gemäß § 33 BbgKWahlG

- 3.1 **Die/der Bewerber/in einer Partei oder politischen Vereinigung** muss in einer Versammlung von den zum Zeitpunkt ihres Zusammentritts **im Wahlgebiet wahlberechtigten** Mitgliedern der Partei oder politischen Vereinigung in **geheimer** Abstimmung bestimmt worden sein (Mitgliederversammlung). Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern (Satz 1) aus ihrer Mitte in geheimer Wahl hierzu **besonders** gewählt worden sind (**Delegiertenversammlung**).

- 3.2 **Die/Der Bewerber/in einer Wählergruppe** muss in einer Versammlung der zum Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlgebiet wahlberechtigten Mitglieder der Wählergruppe (**Mitgliederversammlung**) oder, wenn die Wählergruppe **nicht** mitgliedschaftlich organisiert ist, in einer Versammlung der zum Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlgebiet wahlberechtigten Anhänger der Wählergruppe (**Anhängerversammlung**) in **geheimer** Abstimmung bestimmt worden sein. Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern oder Anhängern (Satz1) aus ihrer Mitte in **geheimer** Wahl hierzu **besonders** gewählt worden sind (**Delegiertenversammlung**).

- 3.3 **Die/Der Bewerber/in einer Listenvereinigung** muss in einer **gemeinsamen** Mitglieder- oder Delegiertenversammlung in **geheimer** Abstimmung bestimmt worden sein; im übrigen gelten die Bestimmungen des § 33 BbgKWahlG sinngemäß.
- 3.4 Über die Mitglieder-, Anhänger- oder Delegiertenversammlung ist eine **Niederschrift** anzufertigen, die dem Wahlvorschlag beizufügen ist. Aus der Niederschrift muss die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der **geheimen Wahl** der Bewerberin oder des Bewerbers hervorgehen (§ 63 Abs. 1 i.V.m. § 33 Abs. 6 Satz 1 und 2 BbgKWahlG).
Die Niederschrift ist mindestens von der/dem Leiter/in der Versammlung sowie von zwei weiteren Teilnehmern, die beide im Wahlgebiet wahlberechtigt sein müssen, zu unterschreiben. Hierbei haben sie gegenüber dem Wahlleiter an Eides statt zu versichern, dass die Wahl der Bewerberin oder des Bewerbers in **geheimer** Abstimmung erfolgt ist (§ 63 Abs. 1 i.V.m. § 33 Abs. 5 Satz 3 bis 5 BbgKWahlG).

D. Unterstützungsunterschriften

1. Befreiung von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften

- 1.1 **Wahlvorschläge von Parteien und politischen Vereinigungen**, die auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags im Deutschen Bundestag oder im Landtag Brandenburg durch mindestens einen im Land Brandenburg gewählten Abgeordneten oder im Kreistag durch mindestens einen Vertreter oder in der Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung durch mindestens einen Vertreter seit der letzten Wahl ununterbrochen vertreten sind, sind von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften, nach § 70 Abs. 6 BbgKWahlG, befreit.
- 1.2 **Wahlvorschläge von Wählergruppen**, die auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags im Kreistag durch mindestens einen Vertreter oder in der Gemeindevertretung/Stadtverordnetenversammlung durch mindestens einen Vertreter seit der letzten Wahl ununterbrochen vertreten sind, sind von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit.
- 1.3 **Wahlvorschläge von Einzelbewerbern**, die auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags am Tag der Bestimmung des Wahltages der Vertretung angehört und ihren Sitz bei der letzten Wahl auf Grund eines Einzelwahlvorschlags erhalten haben, sind von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit.
- 1.4 Das Erfordernis von Unterstützungsunterschriften gilt ferner nicht für den **Amtsinhaber**, der sich der Wiederwahl stellt, sowie **für Listenvereinigungen**, wenn mindestens einer der an ihr Beteiligten wenigstens eine der in Nummer 1.1 oder 1.2 genannten Voraussetzungen für die Befreiung von diesem Erfordernis erfüllt.

2. Wichtige Hinweise

- 2.1 Dem Wahlvorschlag einer Partei, politischen Vereinigung, Wählergruppe, Listenvereinigung, Einzelbewerber/in, die/der nicht nach der vorstehenden Nummer 1 vom Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit ist, sind mindestens ³⁶ (Anzahl nach § 70 Abs. 6 BbgKWahlG) Unterstützungsunterschriften von wahlberechtigten Personen beizufügen. Die persönliche, überprüfbare Unterstützungsunterschrift der wahlberechtigten Person ist bei der zuständigen Wahlbehörde zu leisten. Sie kann auch vor einem Notar oder einer anderen zur Beglaubigung von Unterschriften ermächtigten Stelle geleistet werden.
- 2.2 Die Unterstützungsunterschriften sind auf amtlichen Formblättern für Unterschriftenlisten, unter Beachtung folgender Vorschriften zu erbringen:
- 2.2.1 Die Formblätter werden **auf Anforderung der Vertrauensperson oder stellvertretenden Vertrauensperson** sofort bei der zuständigen Wahlbehörde aufgelegt.
Bei der Anforderung sind Familiennamen, Vornamen (bei mehreren Vornamen der Rufname oder die Rufnamen) und Anschrift der Bewerberin oder des Bewerbers anzugeben.
Daneben ist beim **Wahlvorschlag einer Partei, politischen Vereinigung, Wählergruppe oder Listenvereinigung** deren Name und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese anzugeben. Außerdem hat die Vertrauensperson oder stellvertretende Vertrauensperson durch schriftliche Erklärung zu bestätigen, dass die Bewerberin oder der Bewerber gemäß § 33 BbgKWahlG bestimmt worden ist.
Beim **Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** sind ferner auch die Namen und, sofern vorhanden, die Kurzbezeichnungen der an ihr Beteiligten anzugeben.
Beim **Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers** ist die Bezeichnung „Einzelwahlvorschlag“ anzugeben.
Auf Anforderung der Vertrauensperson oder stellvertretenden Vertrauensperson werden unter den genannten Voraussetzungen auch amtliche Formblätter für die Unterzeichnung des Wahlvorschlags vor einem Notar oder einer anderen zur Beglaubigung ermächtigten Stelle ausgegeben.
- 2.2.2 Wahlvorschläge von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen oder Listenvereinigungen dürfen erst nach der Bestimmung der Bewerberin oder des Bewerbers nach § 33 BbgKWahlG unterzeichnet werden. Vorher geleistete Unterstützungsunterschriften sind ungültig.
- 2.2.3 Eine wahlberechtigte Person darf nur jeweils einen Wahlvorschlag für die Wahl unterzeichnen. Hat eine Person mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnet, so ist ihre Unterstützungsunterschrift auf sämtlichen Wahlvorschlägen ungültig.
- 2.2.4 Die Unterzeichnung des Wahlvorschlags durch die Bewerberin oder den Bewerber selbst ist unzulässig.
- 2.2.5 Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname (bei mehreren Vornamen der oder die Rufnamen), Tag der Geburt und Anschrift der unterzeichnenden Person anzugeben. Die unterzeichnende Person hat sich vor der Unterschriftsleistung auszuweisen.

- 2.2.6 Eine wahlberechtigte Person, die wegen einer körperlichen Behinderung einer Hilfe bei der Unterschriftsleistung bedarf, kann eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bestimmen, die Unterschriftsleistung vorzunehmen; Hilfsperson kann auch ein Bediensteter der Wahlbehörde oder der Notar sein. Die Unterschriftsleistung durch die Hilfsperson ist auf der Unterschriftsliste zu vermerken.
- 2.2.7 Eine wahlberechtigte Person, die wegen einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Wahlbehörde aufzusuchen, kann auf Antrag die Unterstützungsunterschrift durch Erklärung vor einem Beauftragten der Wahlbehörde ersetzen. Der Antrag ist bis zum ^{Datum} **17. August 2009**, 16.00 Uhr schriftlich bei der Wahlbehörde zu stellen.
- 2.2.8 Die Wahlbehörde hat für alle wahlberechtigten Unterzeichner, die die Unterstützungsunterschrift bei der Wahlbehörde geleistet haben, auf der Unterschriftsliste zu vermerken, dass sie im jeweiligen Wahlgebiet/Wahlkreis wahlberechtigt sind. Für jede/n wahlberechtigte/n Unterzeichner/in, die/der die Unterstützungsunterschrift **nicht** bei der Wahlbehörde geleistet hat, ist der Unterschriftenliste eine gesonderte Bescheinigung der Wahlbehörde beizufügen, dass sie/er im Wahlgebiet/Wahlkreis wahlberechtigt ist.

E. Mängelbeseitigung

- 1. Nach Ablauf der Einreichungsfrist am ^{Datum} **20. August 2009**, 12.00 Uhr können Mängel, die sich auf die Benennung der Bewerberin oder des Bewerbers beziehen, nicht mehr behoben und fehlende Unterstützungsunterschriften nicht mehr beigebracht werden. Das Gleiche gilt, wenn der/die Bewerber/in so mangelhaft bezeichnet ist, dass ihre/seine Identität nicht feststeht.
- 2. Sonstige Mängel, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren, können bis zu der Sitzung des Wahlausschusses, in der über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wird, beseitigt werden.

F. Zulassung der Wahlvorschläge

Der Wahlausschuss beschließt am ^{Datum} **20. August 2009, 18:00 Uhr** in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge. Im übrigen wird auf § 37 BbgKWahlG und §§ 38 und 39 BbgKWahlV verwiesen.

G. Vordrucke für die Einreichung von Wahlvorschlägen

Die für die Einreichung eines Wahlvorschlages erforderlichen Vordrucke werden vom zuständigen Wahlleiter beschafft und können von ihm abgefordert werden.

Ort, Datum
Kolkwitz, den 07. Juni 2009

gez. Gabriele Bröder, Wahlleiterin Unterschrift

Wólbne wózwajenje za komunalne wólbny dnja 27. septembra 2009 za wuzwólwanje šóltow a městnych zastojarjow

Pó § 64 wótstawk 3 Bramborskeje komunalneje wólbneje kazni (BbgKWahlG), we zwisku z § 31 wótstawk 2 a 3 Bramborskego komunalnego wólbneho póstajenja (BbgKWahlV), se gótuju slědujuće wólbne wózwajenje:

I. Wuzwólwanja budu **dnja 27. septembra 2009**. Ewentalne wuskafańske wuzwólwanje bužo dnja **11. oktobra 2009**.

Głowne ako teke ewentalne wuskafańske wuzwólwanje budu w casu wót zeger **8.00** až do **18.00** gózin.

II. Napominanje k zapódašu wólbnych naraženjow

Z póstajenim górejce pomjenjonych wuzwólowańskich terminow se napominaju partaje, politiske zjadnošenja, wuzwólowske kupki a jadnotliwe kandidaty, scasom zapódaš swóje wólbne naraženja.

Wudopótnjujucy se k tomu na slědujuće pokazuju:

A. Pšawo wólbneho naraženja a cas zapódaša

1. Wólbne naraženja mógu se wót partajow, politiskich zjadnošenjow, wuzwólowskich kupkow a jadnotliwych kandidatow zapódaš (§ 69 wótstawk 1 a 82a wótstawk 2 BbgKWahlG). Mimo togo mógu partaje, politiske zjadnošenja a wuzwólowske kupki teke zgromadne wólbne naraženje ako lisćinowe zjadnošenje zapódaš (§ 63 wótstawk 1 w zwisku z § 32 wótstawk 1 sada 1 a § 82a wótstawk 2 BbgKWahlG). Wóni směju se jano na jadnom lisćinowem zjadnošenju wobželiš; wobželenje na jadnom lisćinowem zjadnošenju wuzamknjo swójske wólbne naraženje (§ 32 wótstawk 1 saže 2 a 3 BbgKWahlG).
2. Wólbne naraženja dejali se tak jěsno ako móžno zapódaš. Wóni muse se, pó § 69 wótstawk 2 BbgKWahlG, najpóźdej až do **20. awgusta 2009, zeger 12.00 pla pšislušneho wólbneho wjednika**, gmejnske zastojnstwo Gołkojce, wólbna wjednica, Barlinska droga 19, 03099 Gołkojce pisnje zapódaš.

B. Wopšimješe wólbnych naraženjow

1. Wólbne naraženja muse wopšimješ:
 - a) swójbne mě, pšedmě, powołanje abo žětabnosć, žeń naroženja, město/wjas naroženja, statnu pšislušnosć a adresu kandidatki abo kandidata,
 - b) **ako wólbne naraženje partaje abo politiskego zjadnošenja** dopońne mě zapódajućeje partaje abo politiskego zjadnošenja, jolic wužywaju skrotconku, teke tu. We wólbnem naraženju póđane mě partaje abo politiskego zjadnošenja musy se makaš z mjenim, kenž w kraju wužywaju,
 - c) **ako wólbne naraženje wuzwólowskeje kupki** mě zapódajućeje wuzwólowskeje kupki a, jolic až wužywa skrotconku, teke tu. Z mjenja musy wujš, až se jedna wó wuzwólowsku kupku. Mě a ewentalna skrotconka njesměju wopšimješ mjenja partajow abo politiskich zjadnošenjow abo jich skrotconki,
 - d) **ako wólbne naraženje lisćinoweho zjadnošenja** mě lisćinoweho zjadnošenja a, jolic až wužywa skrotconku, teke tu. Mimo togo deje se mjenja, jolic až maju, teke skrotconki tych we njom wobželonych partajow, politiskich zjadnošenjow a wuzwólowskich kupkow pódaš.

Wólbne naraženje jadnotliweje kandidatki / jadnotliwego kandidata (jadnotliwe wólbne naraženje) smějo jano wopšimješ te pód pismikom a) póstajone pódaša.

2. Mimo togo dej wólbne naraženje wopšimješ mě a adresu **wósoby dowěry a zastupujućeje wósoby dowěry**. Ako wósoba dowěry móžo se teke kandidatka / kandidat pomjeniš. Jolic njejo kazniski hynacej póstajone, stej jano wósoba dowěry a zastupujuca wósoba dowěry, kužda za se wopšawnjonej, zawězuje wuzjawjenja k wólbnemu naraženju wótědaš a pšiwzeš.
3. **Wólbne naraženje partaje abo politiskego zjadnošenja** musy byš pódpisane w kuždem paže wót nanejmenjej dweju čłonkowi pšislušneho pšedsedarstwa togo wólbneho teritorija, mjazy nima wót pšedsedarja abo

jogo zastupnika. **Wólbne naraženje wuzwólowskeje kupki** musy byš w kuždem paže pódpisane wót k zastupowanju wopšawnjonego. Zastupowańske wopšawjenje musy se na pominanje pšedpožożyš.

Wólbne naraženje lisćinoweho zjadnošenja musy byš w kuždem paže pódpisane wót nanejmenjej dweju čłonkowi pšislušneho pšedsedarstwa togo wólbneho teritorija, tych na njom wobželonych partajow abo politiskich zjadnošenjow, mjazy nima pšecerj wót pšedsedarja abo jogo zastupnika, ako teke wót k zastupowanju wopšawnjonego tych na njom wobželonych wuzwólowskich kupkow. **Wólbne naraženje jadnotliweje kandidatki / jadnotliwego kandidata** musy byš wót njeje / wót njogo wósobinski a rukopisnje pódpisane.

4. Wažne wobgranicowanja

- 4.1 Kužde wólbne naraženje smějo měš jano jadnu kandidatku / jadnogo kandidata (§ 70 wótstawk 1 BbgKWahlG).
- 4.2 Kužda kandidatka / kuždy kandidat smějo se jano na jadnom wólbnem naraženju pomjeniš (§ 70 wótstawk 7 BbgKWahlG).
- 4.3 Kandidatka / Kandidat na wólbnem naraženju jadnej partaje njesmějo byš čłonk drugeje partaje, kenž ze swójskim wólbnym naraženim k wólbam nastupijo (§ 63 wótstawk 1 we zwisku z § 28 wótstawk 4 BbgKWahlG).

C. Wuměnenja za pomjenjenje ako kandidatka / kandidat

1. Pomjenjenje ako kandidatka / kandidat na wólbnem naraženju **partaje, politiskego zjadnošenja, wuzwólowskeje kupki abo lisćinoweho zjadnošenja** jo wězane na slědujuće wuměnenja:
 - a) **Kandidatka / Kandidat** musy, wótpowědujucy §65 wótstawk 2 do 5 BbgKWahlG, móc se daš wuzwólowaš.
 - b) **Kandidatka / Kandidat musy byš póstajona/y pšez nominacisku zgromažinu**, wótpowědujucy § 33 BbgKWahlG.
 - c) **Kandidatka / Kandidat musy swójomu nominěrowanju pisnje pšigłosyš**.

W pismikoma a) a c) pomjenjene wuměnenja płaše teke za jadnotliwych kandidatow.

2. K móžnosći wuzwólwanja

- 2.1 Móžnosć wuzwólwanja **nimskich stašanow**
 - 2.1.1 Wótpowědujucy § 65 wótstawk 2 BbgKWahlG mógu se daš wuzwólowaš wše nimske stašany w zmysle artikla 116 wótstawk 1 Zakładneje kazni, kótarež su
 - a) na dnju głowneje wólbje, pótakem **27. septembra 2009, 25. žywjeńske lěto** dopońnili, ale **62. žywjeńske lěto** hyšći dopońnili njejsu a kenž
 - b) w Zwězkowej republice Nimska swójo stawne bydłeńske sedło abo swójo powšykne pšebywanje maju.
 - 2.1.2 Nimski/a stašan/ka njamóžo se pó § 65 wótstawk 5 BbgKWahlG daš wuzwólowaš, gaž wóna / wón
 - a) jo pó § 9 BbgKWahlG wót wólbneho pšawa wuzamknjona/y,
 - b) pó wusuženju móžnosć wuzwólwanja abo zamóžnosć k zastojanju zjawnych amtow njama abo
 - c) se wót sudnistwa w disciplinarnem jadnanju k wótpóranju ze služby abo k wótpóznašu swójsch wuměnkarskich pjenjez za pšawom zasuziła / zasuziło jo.
- 2.2. Móžnosć wuzwólwanja **bergarjow Unije**
 - 2.2.1 Pó §65 wótstawk 2 BbgKWahlG mógu se daš wuzwólowaš teke wšykne stašany drugich čłonkojskich statow Europskeje unije, kenž su
 - a) na dnju głowneje wólbje, pótakem **27. septembra 2009, 25. žywjeńske lěto** dopońnili, ale **62. žywjeńske lěto** hyšći dopońnili njejsu a kenž
 - b) w Zwězkowej republice Nimska swójo stawne bydłeńske

AMTLICHER TEIL

sedlo abo swójo powšykné pšebywanje maju.

Te pód numerom 2.1.1 sada 2 wustajone wósebne re-gule plaše wótpowědujucy.

- 2.2.2 Bergarka / Bergar Unije njamóžo se pó § 65 wótwstawk 5 BbgKWahlG daš wuzwólowaš, gaž wóna / wón
- jo pó § 9 BbgKWahlG wót wólbneho pšawa wuzamknjona/y,
 - pó wusuženju w Zwězkowej republice Nimska móžnosť wuzwólenja abo zamóžnosť k zastojanju zjawnych amtow njama abo
 - se wót sudnistwa Zwězkoweje republiki Nimska w disciplinarnem jadnanju k wótpóranju ze služby abo wótpóznášu swóich wuměnkarskich pjenjz za pšawom zasuzužila/ zasuzužil jo, abo
 - na zaklaže ciwilnego abo wóštrofowańskego wusuženja w kraju póchadanja móžnosť wuzwólowanja njama.
- 2.3 Z wólbny m naraženim musy se wólbnemu wjednikoju wopismo wólbneho zastojnstwa zapódaš, až móžo se naražona kandidatka / naražony kandidat daš wuzwólowaš. Bergarje Unije, kenž su pisnje kandidaturje pšigłotyli, muse z wopismom móžnosťi wuzwólowanja pšedpóložys **pšidatnje wobwěšćenje město pšisegi** wó swójeje **stašanskej pšisłušnosťi** a wót tom, až w swójom kraju póchadanja z móžnosťi wuzwólowanja wuzamknjone njejsu.
3. K nominěrowanju pó § 33 BbgKWahlG
- 3.1 **Kandidatka / Kandidat jadneje partaje abo politiskego zjadnošenja** jo musała / musaš byš na jadnej zgromažinje wót wšych we tom casu we wólbnem teritoriju k wuzwólowanju wopšawnjonych člonkow partaje abo politiskego zjadnošenja w pótajmnm wuzwólowanju póstajona / póstajony (člonkojska zgromažina). To móžo se teke staš pšez delegatow, kenž su se wót člonkow (sada 1) ze swójeje srježi w pótajmnm wuzwólowanju **wósebnje** k tomu wuzwólili (**zgromažina delegatow**).
- 3.2 **Kandidatka / Kandidat wuzwólowskeje kupki** jo musała / jo musaš byš na zgromažinje tych w casu zma-kanja we wólbnem teritoriju k wuzwólowanju wopšawnjonych člonkow teje wuzwólowskeje kupki (**člonkojska zgromažina**) abo, gaž wuzwólowska kupka **njejo** pó člonkojstwje organizěrowana, w jadnej zgromažinje tych w casu jeje zma-kanja we wólbnem teritoriju k wuzwólowanju wopšawnjonych pšiwisnikow wuzwólowskeje kupki (**zgromažina pšiwisnikow**) w **pótajmnm** wuzwólowanju póstajona / póstajony. To móžo se teke staš pšez delegatow, kenž su se wót člonkow abo pšiwisnikow (sada 1) ze swójeje srježi w **pótajmnm** wuzwólowanju **wósebnje** k tomu wuzwólili (**zgromažina delegatow**).
- 3.3 **Kandidatka / Kandidat lisćinowego zjadnošenja** jo musała / jo musaš byš póstajona / póstajony na zgromadnej člonkojskej abo delegatnej zgromažinje w pótajmnm wuzwólowanju; w dalšnem plaše pó zmysle póstajenja § 33 BbgKWahlG.
- 3.4 Wó člonkojskej, pšiwisnikojskej abo delegatnej zgromažinje ma se napisaš protokol, kenž musy se wólb-nemu naraženjoju pšiscyniš. Z protokola musy wujš porědne pšigótowanje a pšewježenje **pótajmneho wuzwólowanja** kandidatki abo kandidata (§ 63 wótwstawk 1 w zwisku z § 33 wótwstawk 6 saže 1 a 2 BbgKWahlG). Protokol ma se nanejmnjej pódpisaš wót wjednice / wjednika zgromažiny ako teke wót dweju wobzělnikowu, kótarejž musytej wobej byš we wólbnem teritoriju k wuzwólowanju wopšawnjonej. Pši tom matej wjednikoju zgromažiny město pšisegi wobwěšćiš, až jo wuzwólowanje kandidatki / kandidata se pšewjadło w **pótajmnm** wótgłosowanju (§63 wótwstawk 1 w zwisku z § 33 wótwstawk 5 sady 3 do 5 BbgKWahlG).

D. Pódpěrujeće pódpisma

1. Wulichowanje z pótrěbnośći pódpěrujucy pšidpismow
- 1.1 **Wólbne naraženja partajow a politiskich zjadnošenjow**, kenž su na zaklaže swójskego wólbneho naraženja w Nimske m zwězkowem sejmje abo w krajnem sejmje Bram-borska z nanejmnjej jadnym w Bramborskej wuzwó-

lonym wótpóstańcom abo we wokrejsnem sejmje z nanejmnjej jadnym zastupnikom abo w gmejskem zastupnistwje / w zgromažinje měšćanskich wótpóstańcow z nanejmnjej jadnym zastupnikom wót slědneho wuzwólowanja sem bžeze pšetergnjenja zastupjone, su wót pótrěbnośći pódpěrujucy pšidpismow, pó § 70 wótwstawk 6 BbgKWahlG, wulichowane.

- 1.2 **Wólbne naraženja wuzwólowskich kupkow**, kenž su na zaklaže swójskego wólbneho naraženja we wokrejsnem sejmje z nanejmnjej jadnym abo w gmejskem zastupnistwje / w zgromažinje měšćanskich wótpóstańcow z nanejmnjej jadnym zastupnikom wót slědneho wuzwólowanja sem bžeze pšetergnjenja zastupjone, su wót pótrěbnośći pódpěrujucy pšidpismow wulichowane.
- 1.3 **Wólbne naraženja jadnotliwych kandidatow**, kenž na zaklaže swójskego wólbneho naraženja na dnju póstajenja termina wuzwólowanja zastupnistwje pšisłuša a swójo sedlo pši slědne m wuzwólowanju na zaklaže jadnotliwego naraženja dostaš jo, su wót pótrěbnośći pódpěrujucy pšidpismow wulichowane.
- 1.4 Pótrěbnosť pódpěrujucy pšidpismow dalej njeplaši za **zastojnstwo mějucego**, kenž se staji wótnowotnemu wuzwólowanju, ako teke za **lisćinowe zjadnošenja**, gaž nanejmnjej jaden z tych na njom wobzělonych jadno z tych pó numerom 1.1 abo 1.2 pomjenjonych wuměnjenjow za wulichowanje z teje pótrěbnośći dopótnijo.

2. Wažne pokazma

- 2.1 Wólbnemu naraženjoju partaje, politiskego zjadnošenja, wuzwólowskeje kupki, lisćinowego zjadnošenja a jadnotliweje kandidatki / jadnotliwego kandidata, kenž njejo pó górejcnem numerje 1 wót pótrěbnośći pódpěrujucy pšidpismow wulichowane, maju se nanejmnjej **36** (licba pó § 70 wótwstawk 6 BbgKWahlG) pódpěrujucy pšidpismow k wuzwólowanju wopšawnjonych wósobow pšidaš. Wósobinski pódpěrujucy pódpis k wuzwólowanju wopšawnjoneje wósoboy, kenž musy se daš kontrolěrowaš, dej se wótedaš pla pšisłušneho wólbneho zastojnstwa. Pódpisaš pak móžo se teke pla notarja abo drugogo za wobwěšćenje pódpisow spošnomócnjonego měšćana.
- 2.2 Pódpěrujeće pódpisma maju se gótowaš na amtskich formowych łopjenach za pódpisowe lisćiny, pši žiwanju na slědujeće pšedpise:
- 2.2.1 Formowe łopjena se na **pominanje wósoboy dowěry abo zastupjuceje wósoboy dowěry** ned w pšisłušnem wólb-nem zastojnstwje zgótuju.

Pši pominanju maju se pódaš swójbne mjenja, pšedmjenja (pla wěcej pšedmjenjow mě, z kótarymž se woła) a adresa kandidatki abo kandidata.

Pó dła togo maju se pši **wólbne m naraženju partaje, politiskego zjadnošenja, wuzwólowskeje kupki abo lisćinowego zjadnošenja** jich mě, jolic až wužywaju skrotconku, teke ta pódaš. Mimo togo musy wósoboy dowěry abo zastupjuca wósoboy dowěry z pisnym wuzjawjenim wobwěšćiš, až jo kandidatka abo kandidat pó § 33 BbgKWahlG póstajona / póstajony.

Pši **wólbne m naraženju lisćinowego zjadnošenja** maju se mimo togo hyšći pódaš mjenja a, jolic až wužywaju, skrotconki na njom wobzělonych.

Pši **wólbne m naraženju jadnotliweje kandidatki abo jadnotliwego kandidata** musy se pódaš pomjenjenje "jadnotliwe wólbne naraženje".

Na pominanje wósoboy dowěry abo zastupjuceje wósoboy dowěry se wudawaju pó d pomjenjonymi wuměnjenjami teke amtske formowe łopjena za pódpisanje wólbneho naraženja pšed notarjom abo drugogo k wobwěšćenju spošnomócnjonego měšćana.

- 2.2.2 Wólbne naraženjapartajow, politiskich zjadnošenjow, wuzwólowskich kupkow abo lisćinowych zjadnošenjow směju se akle pó póstajenju kandidatki abo kandidata pó §33 BbgKWahlG pódpisaš. Do togo wugbane

AMTLICHER TEIL

Fortsetzung von Seite 9

- pódpěrujuce pódpisma su njeptašece.
- 2.2.3 K wuzwólowanju wopšawnjona wósoba smějo pšecej jano jedno wólbne naraženje za wuzwólowanje pódpisaš. Jo-lic wósoba wěcej ako jedno wólbne naraženje pódpisaša, tak jo jeje pódpěrujucy pódpis na wšych wólbnych naraženjach njeptašece.
- 2.2.4 Pódpisanje wólbneho naraženja pšez kandidatku abo kandidata samego njejo dowólone.
- 2.2.5 Pódlá pódpisa maju se pódaš swójbne mě, pšedmě (pla wěcej pšedmjenjow mě abo mjenja, z kótarymž se woła), zeň naroženja a adresa pódpisujuceje wósoby. Pódpisujuca wósoba ma se pšed pódpisanim wupokazaš.
- 2.2.6 K wuzwólowanju wopšawnjona wósoba, kótaraž dla šělnych brachow pótrěbujo pomoc pši pódpisanju, móžo pomjeniš wósobu swójeje dowěry (pomocna wósoba), kótaraž za nju pódpisuje; pomocna wósoba móžo teke byš pšistajony wólbneho zastojnstwa abo notař. Pódpisanje pšez pomocnu wósobu ma se na pódpisnej lisćinje wobznamjeniš.
- 2.2.7 K wuzwólowanju wopšawnjona wósoba, kenž swójjich šělnych brachow dla do wólbneho zastojnstwa pšis njamóžo, móžo na pšosbu pódpěrujucy pódpis narownaš z wuzjawjenim pšed pšistajonym wólbneho zastojnstwa. Pšosby ma se až do **17. awgusta 2009**, zeger 16.00 góžin pisnje pla wólbneho zastojnstwa stajiš.
- 2.2.8 Wólbne zastojnstwo ma za wšych k wuzwólowanju wopšawnjonych pódpisowarjow, kenž su we wólbnem zastojnstwje pódpěrujucy pódpisali, na pódpisnej lisćinje pšis pomnješ, až su w danem wólbnem teritoriju / wólbnem wokrejsu k wuzwólowanju wopšawnjone. Za kuždu k wuzwólowanju wopšawnjona pódpisarku / wopšawnjonego pódpisarja, kenž **njejo** pódpěrujucy pódpis

we wólbnem zastojnstwje wugbała / wugbał, jo pódpisnej lisćinje wósebně wobkšusenje wólbneho zastojnstwa pšiscyniš, až jo wóna / wón we wólbnem teritoriju / wólbnem wokrejsu k wuzwólowanju wopšawnjona / wopšawnjony.

E. Wótpóranje njedostatkow

1. Pó zakóńcěnju casa zapódaša dnja **20. awgusta 2009**, zeger 12.00 njamógu se njedostatki, kenž se póšěguju na pomjenjenje kandidatki abo kandidata wěcej wótpóraš a felujuce pódpěrujuce pódpisma wěcej dodaš. To same pšaši, gaž jo kandidatka / kandidat tak njedosegajucy pomjenjona / pomjenjony, až jeje / jogo identita njejo póznaš.
2. Dalšne njedostatki, kenž pótreffe pšašiwosć wólbnych naraženjow, mógu se wótpóraš až k pósejženjoju wólbneho wuběrka, na kótaremž se wó pšizwólenju wólbnych naraženjow rozsužijo.

F. Pšizwólenje wólbnych naraženjow

Wólbny wuběrk wobzamkno dnja **20. awgusta 2009**, 18.00 góžin w zjawnem pósejženju wó pšizwólenju wólbnych naraženjow. Wušej togo se pokazuju na § 37 BbgKWahlG a §§38 a 39 BbgKWahlG.

G. Formulary za zapódaše wólbnych naraženjow

Te za zapódaše wólbnych naraženjow trěbne formulary wobstarajo wólbny wjednik a mógu se wót njogo pomináš.

Gołkojce, dnja 07. junija 2009

pódp. Gabriele Bröder, wólbna wjednica

Beschlüsse der Gemeindevertretung Gemeinde Kolkwitz Sitzung 06 / 09 am 16. Juni 2009

Öffentlicher Teil

Beschluss-Nr. 29/2009

Beschluss zur Bildung von Wahlbezirken für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009

Beschluss-Nr. 30/2009

Beschluss zur Bildung von Wahlbezirken für die Landtagswahl am 27. September 2009

Beschluss-Nr. 31/2009

Beschluss zum Wahlkreis und zur Bildung von Wahlbezirken für die Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters der Gemeinde Kolkwitz am 27. September 2009

Beschluss-Nr. 32/2009

Beschluss über die Erarbeitung einer Konzeption für den Tourismus

Beschluss-Nr. 33/2009

Beschluss über die Bereitstellung von Eigenmitteln zur Anteilfinanzierung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II

Nichtöffentlicher Teil

Beschluss-Nr. 34/2009

Beschluss zum Grundstücksverkauf im Ortsteil Kolkwitz

Beschluss-Nr. 35/2009

Beschluss zum Grundstücksverkauf im Ortsteil Hänchen

Beschluss-Nr. 36/2009

Beschluss über die Vergabe von Liefer- und Bauleistungen – Lieferung, Einbau von Fenster und Türen – Integrations-Kita Kolkwitz-Klinikum

Beschluss-Nr. 37/2009

Beschluss zum 2. Fördermittelantrag Sozialgebäude Sportplatz Kolkwitz

Beschluss Nr. 38/ 2009 der Gemeindevertretung der amtsfreien Gemeinde Kolkwitz vom 14.07.2009 -Straßeneinstufung-

Auf der Grundlage des § 28 Abs. 2 Nr. 9 und 25 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBL. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBL. I S. 202) beschließt die Gemeindevertretung Kolkwitz in Ihrer Sitzung am 14. Juli 2009 wie folgt:

1. Die Bergsstraße im OT Klein Gaglow, Flur 1 Flurstück Nr. 9/7, 603/2, 604/2, 607, 641, 642, 643, und 644 erhält die Einstufung als Anliegerstraße im Sinne der Straßenausbaubeitragssatzung.
2. Die Bergstraße im OT Klein Gaglow, Flur 1, Flurstück Nr. 594/4, 613, 614, und 704 erhalten teilweise die Einstufung als Anliegerstraße im Sinne der Straßenausbaubeitragssatzung.
3. Die Bergstraße wird dem öffentlichen Verkehr gewidmet.
4. Die Straßeneinstufung gilt ab 01. August 2009.
5. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt der Gemeinde Kolkwitz zu veröffentlichen.

Kolkwitz, den 14.07.2009

Zubiks

Vorsitzender der Gemeindevertretung

AMTLICHER TEIL

**Beschluss Nr. 39/ 2009
der Gemeindevertretung der amtsfreien
Gemeinde Kolkwitz vom 14.07.2009
-Straßeneinstufung-**

Auf der Grundlage des § 28 Abs. 2 Nr. 9 und 25 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBL. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBL. I S. 202) beschließt die Gemeindevertretung Kolkwitz in Ihrer Sitzung am 14. Juli 2009 wie folgt:

1. Grüner Weg im OT Klein Gaglow, Flur 1, Flurstück Nr. 539/1 erhält die Einstufung als Anliegerstraße im Sinne der Straßenausbaubeitragssatzung.
2. Grüner Weg wird dem öffentlichen Verkehr gewidmet.
3. Die Straßeneinstufung gilt ab 01. August 2009.
4. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt der Gemeinde Kolkwitz zu veröffentlichen.

Kolkwitz, den 14.07.2009

Zubiks, Vorsitzender der Gemeindevertretung

**Beschluss Nr. 40/ 2009
der Gemeindevertretung der amtsfreien
Gemeinde Kolkwitz vom 14.07.2009
-Straßeneinstufung-**

Auf der Grundlage des § 28 Abs. 2 Nr. 9 und 25 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBL. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBL. I S. 202) beschließt die Gemeindevertretung Kolkwitz in Ihrer Sitzung am 14. Juli 2009 wie folgt:

1. Der Windmühlenweg im OT Klein Gaglow, Flur 1, Flurstücke Nr. 2/5, 3/1, 655 und 710 erhält die Einstufung als Anliegerstraße im Sinne der Straßenausbaubeitragssatzung.
2. Der Windmühlenweg wird dem öffentlichen Verkehr gewidmet.
3. Die Straßeneinstufung gilt ab 01. August 2009.
4. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt der Gemeinde Kolkwitz zu veröffentlichen.

Kolkwitz, den 14.07.2009

Zubiks, Vorsitzender der Gemeindevertretung

**Beschluss Nr. 41/ 2009
der Gemeindevertretung der amtsfreien Gemeinde Kolkwitz vom 14.07.2009
-Straßeneinstufung-**

Auf der Grundlage des § 28 Abs. 2 Nr. 9 und 25 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBL. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBL. I S. 202) beschließt die Gemeindevertretung Kolkwitz in Ihrer Sitzung am 14. Juli 2009 wie folgt:

1. Der Reinpuscher Weg im OT Klein Gaglow, Flur 1, Flurstücke Nr. 519/2, 520/3 und 594/4 erhält die Einstufung als Anliegerstraße im Sinne der Straßenausbaubeitragssatzung.

2. Der Reinpuscher Weg wird dem öffentlichen Verkehr gewidmet.
3. Die Straßeneinstufung gilt ab 01. August 2009.
4. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt der Gemeinde Kolkwitz zu veröffentlichen.

Kolkwitz, den 14.07.2009

Zubiks, Vorsitzender der Gemeindevertretung

**B e k a n n t m a c h u n g
über die öffentliche Auslegung des Antrages der LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG
zur Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für eine Trinkwasserleitung
DN 150 PVC Bereich Dorfstraße in der Gemarkung Müschen und Bereich Burger Straße
in der Gemarkung Babow**

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407) i.V.m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuch-bereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts – Sachenrechts-Durchführungsverordnung (SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG, Berliner Straße 19 - 21 in 03046 Cottbus beim Landkreis Spree-Neiße als untere Wasserbehörde für die oben genannte Trinkwasserleitung die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die genannten Grundstücke zugunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, das belastete Grundstück für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung einschließlich des Neubaus der wasserwirtschaftlichen Anlage zu betreten oder sonst zu benutzen, Wasser in einer Leitung über das Grundstück zu führen sowie die für die Fortleitung auf dem jeweiligen Grundstück eingerichteten Nebenanlagen zu betreiben, zu unterhalten, instand zusetzen und zu erneuern und von dem Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten zu verlangen, dass er auf dem Schutzstreifen keine Gebäude errichtet bzw. errichten lässt oder sonstige Einwirkungen oder Maßnahmen vornimmt, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Anlage beeinträchtigen oder gefährden.

Die Trassenführung der Trinkwasserleitung erstreckt sich auf nachfol-

gende Grundstücke:

**Gemarkung Babow, Flur 2, Flurstücke 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 113, 116, 117, 118, 318,
Gemarkung Babow, Flur 1, Flurstücke 51, 68, 70, 394, 401, 403, 405, 408, 483,
Gemarkung Müschen, Flur 2, Flurstücke 193, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 210, 312 und 313.**

Gemäß § 7 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen vier Wochen von dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Spree-Neiße, Amtske Topjeno za Wokrejs Sprjewja-Nysa, im Zeitraum vom 12.07.2009 bis 10.08.2009 beim Landkreis Spree-Neiße, SG untere Wasserbehörde, 03149 Forst, Heinrich-Heine-Str. 1, Haus B, Zimmer 2.09 bzw. 2.29

und darüber hinaus beim Amt Burg (Spreewald), Bauamt, 03096 Burg (Spreewald), Hauptstraße 46, Zimmer 2.07 während der Dienstzeiten zur Einsicht öffentlich ausgelegt.

Widersprüche können von den Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten während des Auslegungszeitraumes nur bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Spree-Neiße erhoben werden. Bei fristgerechtem Widerspruch wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Dieter Friese, Landrat

ENDE DES AMTLICHEN TEILS